



future

wissenschaft & politik

Jahres-
bericht
2020

Inhalt

1 – Ziele des Netzwerks FUTURE	2
2 – Funktionsweise des Netzwerks FUTURE	3
3 – Politikteam FUTURE	4
4 – Qualitative Bilanz: Ein Jahr der Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft	8
5 – Quantitative Bilanz: Die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen	18

1

Ziele des Netzwerks FUTURE

Seit seiner Gründung im Jahr 2001 pflegt das Netzwerk FUTURE den beständigen Dialog zwischen den Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung und den Akteuren der Bundespolitik (Bundesrat, Bundesverwaltung, Parlament und andere politische Organe aus Bildung, Forschung und Innovation).

Das Hauptziel des Netzwerks FUTURE besteht in der Schaffung und Bewahrung der bestmöglichen Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz. Infolgedessen setzt sich das Netzwerk FUTURE mit seinen Aktivitäten für eine stabile und nachhaltige Investitionspolitik im BFI-Bereich ein sowie für gesetzliche Grundlagen, welche den Bedürfnissen des Wissensplatzes Rechnung tragen.

Funktionsweise des Netzwerks FUTURE

TRÄGER

Akademien der
Wissenschaften
Schweiz

ETH-Rat

Innosuisse

Schweizerischer
Nationalfonds

swissuniversities

HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTIONEN



future
wissenschaft & politik



POLITIKTEAM

1 BDP

5 CVP

6 FDP

2 GLP

5 Grüne

10 SP

1 SVP

PARLAMENT



Das Netzwerk befindet sich an der Schnittstelle zwischen der Politik und dem Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich).

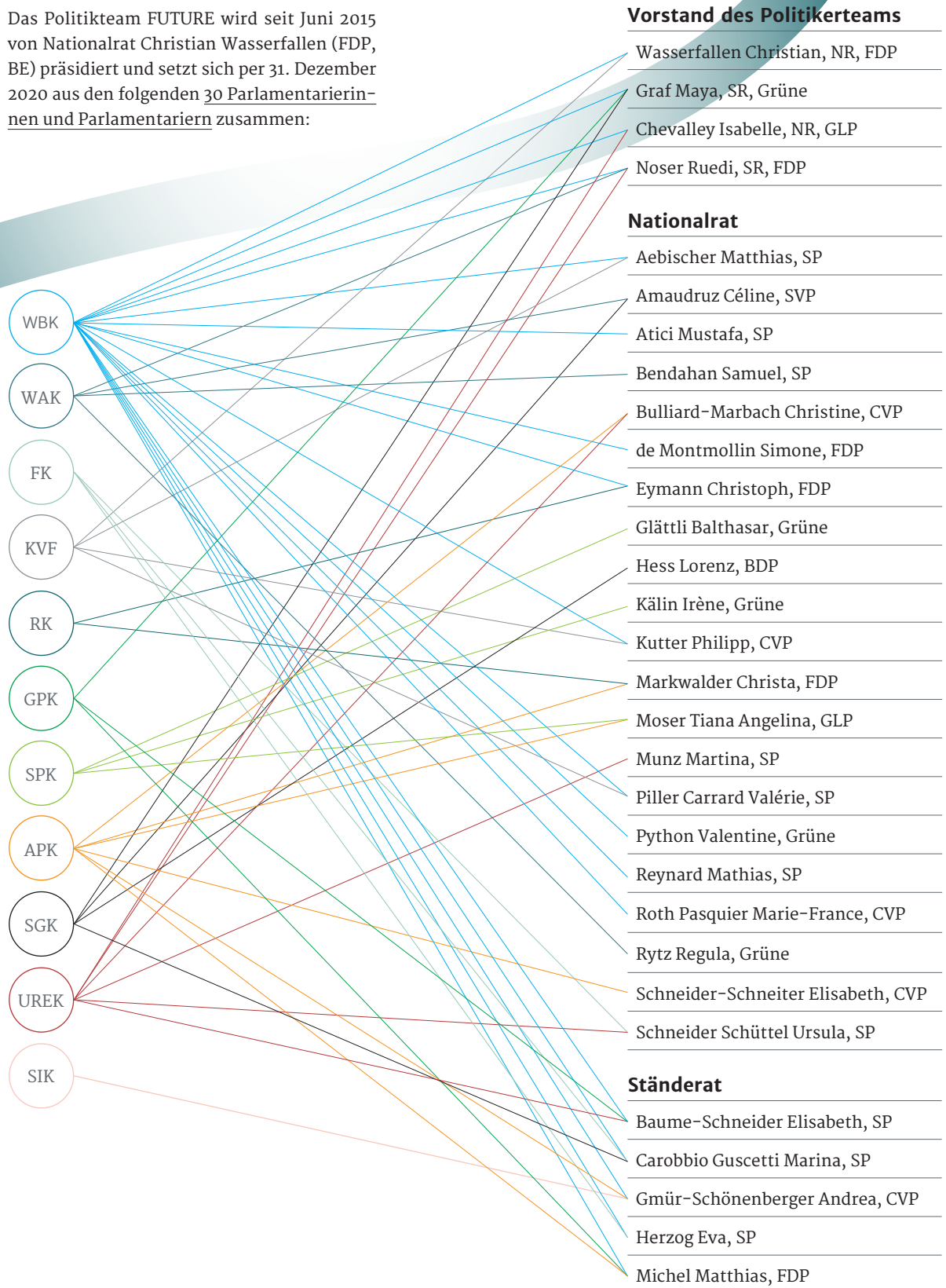
— Das Netzwerk FUTURE wird von Organisationen getragen, welche die Schweizer Hochschulen, Forschung und Innovation vertreten. Es sind dies die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen (swissuniversities), der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat), der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF), die Akademien der Wissenschaften Schweiz und die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse. Zusammen bilden diese Trägerorganisationen den Ausschuss des Netzwerks, in welchem sie sich zu aktuellen Themen austauschen und gemeinsame Positionen festlegen.

— Im Weiteren besteht das Netzwerk FUTURE aus einem Politikteam, dem Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem gesamten Parteien-Spektrum und aus allen Regionen der Schweiz angehören. Diese National- und Ständeratsmitglieder engagieren sich insbesondere in den parlamentarischen Kommissionen, die für den BFI-Bereich relevant sind. Im Bundesparlament geben die Mitglieder des Politikteams FUTURE Anregungen für politische Aktionen im BFI-Bereich.

— Die Koordinatorin des Netzwerks FUTURE, Petra Studer, gewährleistet den Austausch an der Schnittstelle zwischen Ausschuss und Politikerteam. Dabei wird sie von der Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE unterstützt, welche von der Agentur VIRTÜ Public Affairs AG geführt wird.

Politikteam FUTURE

Das Politikteam FUTURE wird seit Juni 2015 von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE) präsiert und setzt sich per 31. Dezember 2020 aus den folgenden 30 Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammen:



Infolge der eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 kam es zu grossen Mutationen im Politikteam des Netzwerks FUTURE. Mehrere Mitglieder des Politikteams stellten sich nicht mehr zur Wahl; einige wurden von der Stimmbevölkerung nicht wiedergewählt. Die Bedingungen zur Gewinnung neuer Mitglieder für das Politikteam gestalteten sich im Jahr 2020 aufgrund der Coronavirus-Pandemie und den damit einhergehenden Zugangsbeschränkungen zum Parlamentsgebäude als relativ schwierig.

Trotz pandemiebedingten Einschränkungen hielten die Koordinatorin und der Leiter der Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE den Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern aufrecht. Es konnten sieben neue Parlamentsmitglieder für das Politikteam gewonnen werden: die Nationalrätinnen Marie-France Roth Pasquier (CVP, FR), Valentine Python (Grüne, VD) sowie Simone de Montmollin (FDP, GE), der Nationalrat Mustafa Atici (SP/PS), die Ständerätinnen Eva Herzog (SP, BS) sowie Elisabeth Baume-Schneider (SP, JU) und der Ständerat Matthias Michel (FDP, ZG). Sie alle haben Einsitz in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur ihres jeweiligen Rates. Aus dem Politikteam ausgetreten ist im Berichtsjahr der Nationalrat Olivier Feller (FDP, VD).

WBK:	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
WAK:	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
FK:	Finanzkommission
KVF:	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK:	Kommission für Rechtsfragen
GPK:	Geschäftsprüfungskommission
SPK:	Staatspolitische Kommission
APK:	Aussenpolitische Kommission
SGK:	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
UREK:	Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie
SIK:	Sicherheitspolitische Kommission

«Die Covid 19-Krise hat gezeigt, dass wir nicht nur funktionierende Notorganisationen brauchen, sondern gerade auch in ausserordentlichen Lagen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und die schnelle Aktivierbarkeit unserer Forschungsressourcen angewiesen sind.»

MATTHIAS MICHEL (FDP, ZG), BEGRÜNDUNG DES POSTULATS 20.3280

«Wir berichten, was wir wissen und auch nicht wissen. Nur so kann man auch Gegnern sachlich begegnen. Besonnen heisst nicht zahm, sondern einführend die Wissenschaft der Bevölkerung und auch der Politik verständlich machen»

MARCEL TANNER, PRÄSIDENT AKADEMIEN DER WISSENSCHAFTEN SCHWEIZ,
ST. GALLER TAGBLATT, 14.10.2020

«Die BFI-Botschaft ist eines der wichtigsten Konjunkturprogramme zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise, denn die wertvollste Ressource, die unser Land hat ... ist die Bildung. Die Stärkung unseres Bildungssystems und die Förderung von Bildung, Berufsbildung, Forschung und Innovation müssen daher im Zentrum unseres politischen Handelns stehen, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie nach der Corona-Pandemie.»

MAYA GRAF (BL, G), SR-DEBATTE ZUR BFI-BOTSCHAFT, 17.06.2020

Qualitative Bilanz: Ein Jahr der Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft

Im Jahr 2020 standen aufgrund des neuartigen Coronavirus die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie ihre Institutionen in einem besonderen Scheinwerferlicht. Die Öffentlichkeit beschäftigte sich intensiv mit den Empfehlungen und Szenarien der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft hinsichtlich der Pandemie und deren Eindämmung. Gleichzeitig standen in den Sessionen des Bundesparlaments wegweisende Entscheide für den BFI-Bereich auf dem Programm. Das Netzwerk FUTURE begleitete die Arbeiten rund um die BFI-Botschaft für die Jahre 2021–2024 sowie auch bezüglich der Beteiligung der Schweiz an der nächsten Generation der Bildungs- und Forschungsprogramme der EU auf verschiedenen Ebenen.

Im Folgenden werden die zentralen Themenbereiche und Aktivitäten des Netzwerks FUTURE aus dem Berichtsjahr zusammengefasst.

4.1

Begleitung der BFI-Botschaft 2021–2024 und des Voranschlags 2021

Der Bundesrat beantragte dem Parlament im Februar 2020 mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2021–2024 die Finanzierung für den BFI-Bereich durch den Bund. Die Landesregierung schlug dem Parlament Rahmenkredite im Gesamtumfang von knapp 28 Milliarden Franken vor. Die eidgenössischen Räte behandelten die BFI-Botschaft und den Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan in der zweiten Jahreshälfte.



Positionierung der Trägerorganisationen zur BFI-Botschaft

Im Hinblick auf die Behandlung der BFI-Botschaft 2021–2024 in den eidgenössischen Räten verabschiedeten die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE im Februar 2020 eine **Positionierung**, in der sie sich zur Vorlage des Bundesrates äusserten:

- Die Trägerorganisationen standen der bundesrätlichen BFI-Botschaft 2021–2024 grundsätzlich positiv gegenüber. Obwohl sie in ihren ursprünglichen Planungen mehr Mittel einberechnet hatten, zeigten sie sich mit dem vorgesehenen Finanzrahmen einverstanden und gewillt, damit ihre strategischen Ziele bestmöglich zu erreichen.
- Die Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung begrüsst, dass die Schweizer Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen in der BFI-Botschaft als Ziel enthalten war und dass der Bundesrat die damit verbundenen Ausgaben in seiner finanzpolitischen Planung berücksichtigte.
- Mit der Positionierung hielten die BFI-Akteure fest, dass sie die BFI-Botschaft inklusive den vorgesehenen Kreditsperren unterstützten, sofern diese mit einem Mechanismus einhergingen, der die Planungssicherheit der Institutionen gewährleistete. Die Kreditsperren sollten sicherstellen, dass das jährliche Mittelwachstum inklusive der Ausgaben für die Beteiligung an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU nicht höher als 3% ausfallen würde. Mittels einer «Kann-Formulierung» hielt sich der Bundesrat die Möglichkeit offen, Kredite freizugeben, sollte diese 3%-Grenze nicht überschritten werden.

Die Positionierung wurde im April 2020 mit den Parlamentsmitgliedern, den Parteisekretariaten und den Partnerorganisationen des «Runden BFI-Tisches» geteilt sowie auf der Webseite des Netzwerks FUTURE veröffentlicht.



Anträge und Vorstösse aus dem Parlament

Im Kontext der BFI-Botschaft 2021–2024 behandelte das Parlament im Jahr 2020 verschiedene Vorstösse. Das Netzwerk FUTURE beobachtete deren Beratung in den eidgenössischen Räten.

- Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beantragte ihrem Rat im Rahmen der BFI-Botschaft ohne Gegenstimme, die Kreditsperren zu streichen. Sie stellte fest, dass die BFI-Akteure auf einen verlässlichen Finanzierungsmechanismus angewiesen sind und dass die vom Bundesrat vorgesehene Kreditsperre diese Planungssicherheit gefährdete. Der Ständerat folgte seiner Kommission mit einer klaren Mehrheit und im September stimmte auch der Nationalrat der Streichung der Kreditsperren zu.
- Des Weiteren wurden den Räten verschiedene Mehrheits- und Minderheitsanträge für finanzielle Aufstockungen in spezifischen BFI-Bereichen aus den WBK von National- und Ständerat überwiesen. Diese führten zu folgenden Beschlüssen: 20,4 Mio. Franken zusätzlich für Innovations- und Projektbeiträge in der Berufsbildung, 6 Mio. Franken mehr zugunsten der Weiterbildung, eine Erweiterung des Zahlungsrahmens um 130 Mio. Franken für die Innosuisse, 39 Mio. Franken mehr für die Unterstützung von Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, eine Aufstockung von 6,9 Mio. Franken zugunsten der Akademien der Wissenschaften und rund 12,4

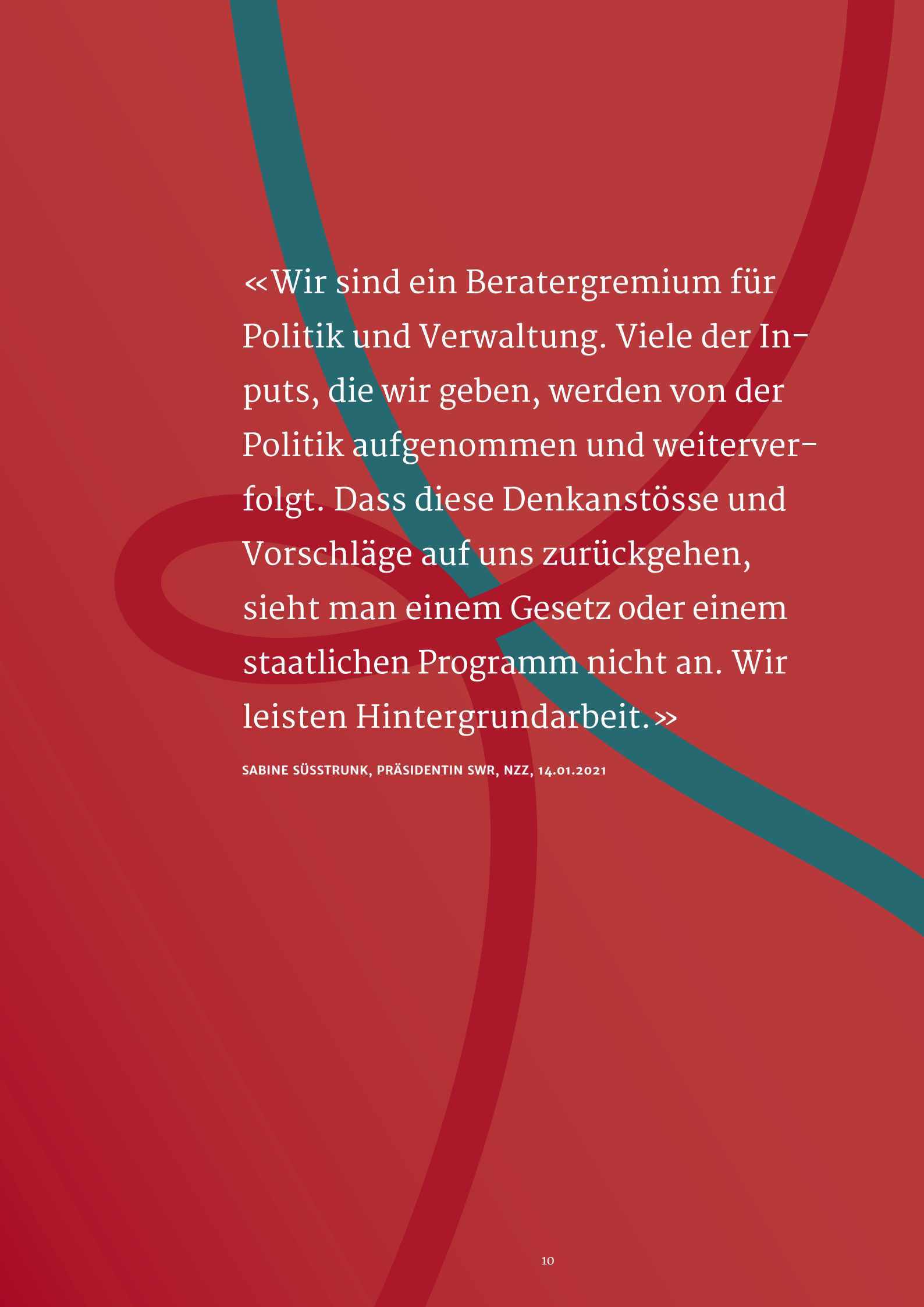
Mio. Franken mehr für die Digitalisierung naturwissenschaftlicher Sammlungen. Insgesamt erhöhte das Parlament die Rahmenkredite um knapp 215 Millionen auf 28,1 Milliarden Franken.

- Im Rahmen der Beratungen der BFI-Botschaft wurden sowohl das Kommissionspostulat der WBK beider Räte «Keine Streichung von Bundesbeiträgen an nationale Forschungseinrichtungen» als auch jenes der WBK-N «Roadmap für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität nach Erasmus plus» vom Parlament angenommen. Ersteres beauftragte den Bundesrat damit, darzulegen, über welche Kanäle und basierend auf welcher Gesetzesgrundlage er ab 2025 die bisher via Artikel 15 FIFG gesprochenen Bundesbeiträge an nationale Forschungseinrichtungen leisten wird. Letzteres forderte vom Bundesrat eine Roadmap für eine Assoziierung an internationalen Programmen im Bereich Zusammenarbeit und Mobilität, die auf Erasmus+ folgen werden.

Die eidgenössischen Räte behandelten parallel zur BFI-Botschaft 2021–2024 auch den Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan. Daraus resultierten folgende Beschlüsse:

- Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans beschloss das Parlament für die Jahre 2022–2024 vorsorglich die Mittel zugunsten der internationalen Mobilität zu erhöhen. Damit signalisierte es Unterstützung für eine mögliche Assoziierung der Schweiz am EU-Bildungsprogramm Erasmus+.
- Die Aufstockungen der finanziellen Mittel, welche das Parlament im Rahmen der Behandlung der BFI-Botschaft 2021–2024 beschlossen hatte, wurden entsprechend im Voranschlag 2021 übernommen.

Das Netzwerk FUTURE begleitete den parlamentarischen Prozess der BFI-Botschaft 2021–2024 und des Voranschlags 2021 eng und vertrat die Position der Trägerorganisationen in mehreren Artikeln – publiziert in allen vier Newslettern des Jahres.



«Wir sind ein Beratergremium für Politik und Verwaltung. Viele der Inputs, die wir geben, werden von der Politik aufgenommen und weiterverfolgt. Dass diese Denkanstösse und Vorschläge auf uns zurückgehen, sieht man einem Gesetz oder einem staatlichen Programm nicht an. Wir leisten Hintergrundarbeit.»

SABINE SÜSSTRUNK, PRÄSIDENTIN SWR, NZZ, 14.01.2021

4.2

Internationale Zusammenarbeit im BFI-Bereich



Horizon Europe

Ende Mai 2020 überwies der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zur Finanzierung der Schweizer Beteiligung am 9. Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (FRP) «Horizon Europe». Er beantragte für die Jahre 2021–2027 finanzielle Mittel im Umfang von insgesamt 6'154 Millionen Franken. Damit sollte eine vollumfängliche Assoziierung der Schweiz an der neuen Programmgeneration ab 2021 ohne Unterbruch ermöglicht werden. Zum Horizon Paket gehören drei weitere europäischen Initiativen: das Programm «Digital Europe» zur Stärkung der digitalen Kompetenzen, das Euratom-Programm für Forschung im Nuklearbereich sowie die Beteiligung an der internationalen Forschungsinfrastruktur ITER (Fusionsforschung). Angesichts der anstehenden Behandlung der Botschaft in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) und der durch die Pandemie bedingten Unmöglichkeit, einen Informationsanlass zu organisieren, erstellte das Netzwerk FUTURE ein digitales Dossier. Das Dossier «Die Schweiz und Horizon Europe. In 6 Fragen» verschaffte den Parlamentsmitgliedern einen Überblick zur Rolle der Schweiz im europäischen Forschungsraum. In sechs Kapiteln, gespickt mit animierten und aussagekräftigen Grafiken, wurde die zentrale Rolle der Schweiz in Europa hinsichtlich der Verflechtungen im Bereich Forschung und Innovation aufgezeigt. Zahlreiche externe Verlinkungen führten zu weiteren Informationen. Im Verlauf des Jahres 2020 hiessen alle

konsultierten Kommissionen, sowie die grosse und die kleine Kammer die finanziellen Mittel für das Horizon Paket gut und unterstützten die Schweizer Beteiligung an diesem vollumfänglich. Das Netzwerk FUTURE verfolgte die Etappen des Geschäfts und berichtete in drei Newslettern über die Thematik. Es hielt die Trägerorganisationen bezüglich der Entwicklungen des Geschäfts und des voraussichtlichen Zeitplans für Assoziierungsverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU konstant auf dem Laufenden.



Bildungszusammenarbeit

Im Jahr 2020 berieten die eidgenössischen Räte die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB). Die Totalrevision hatte eine Anpassung des Gesetzes aus dem Jahr 1999 an die heutige Praxis zum Ziel. Sie sollte den Handlungsspielraum erweitern und die Grundlage für die zukünftige Förderung der internationalen Bildungszusammenarbeit und -mobilität schaffen. Die neue Rechtsgrundlage sollte sowohl für eine Teilnahme an den Bildungsprogrammen der Europäischen Union (Erasmus+) als auch für die Umsetzung von Schweizer Förderprogrammen gelten. Das Netzwerk FUTURE beobachtete den Prozess und berichtete insbesondere im Newsletter des Monats März über den Inhalt der Gesetzesrevision und die Änderungsvorschläge der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S).

«Für die Basis der wichtigen, dringlichen politischen Entscheide tut man gut daran, sich auch auf wissenschaftliche Expertisen abzustützen, um sagen zu können, was überhaupt Sache ist, was die Konsequenz ist, wenn man so oder anders entscheidet.»

BUNDESKANZLER WALTER THURNHERR, SR-DEBATTE ZUM POSTULAT MICHEL, 17.09.2020

«Es muss eine Bereitschaft da sein, sowohl von der Wissenschaft wie auch von der Politik, sich einzubringen, sich aufeinander einzulassen und sich Zeit zu nehmen, einander zuzuhören.»

MATTHIAS EGGER, PRÄSIDENT SNF FORSCHUNGSRAT, SCIENCE AFTER NOON, 17.12.2020



4.3

Positionierung der BFI-Akteure in europa-politischen Debatten

Auch im Jahr 2020 standen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union regelmässig zur Debatte. Einerseits stand die Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) bevor. Andererseits machte die Corona-Pandemie einmal mehr deutlich, dass die Schweiz keine Insel in Europa ist, sondern in konstantem Austausch mit den Nachbarländern steht. Die Wissenschaftsakteure in der Schweiz sind stark verbunden mit den Partnern im Europäischen Forschungsraum. Ihre Beteiligung an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU ist eine Voraussetzung für die Sicherstellung der Exzellenz des Schweizer BFI-Standorts. Aus diesen Gründen begleitete das Netzwerk FUTURE die Debatte um die Begrenzungsinitiative im Vorfeld der Volksabstimmung.



Begrenzungsinitiative

Die ursprünglich für den 17. Mai 2020 geplante Abstimmung über die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) wurde aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf den 27. September 2020 verschoben. Eine Annahme der Initiative hätte das Ende des Abkommens über die Personenfreizügigkeit und in der Konsequenz auch des im Paket der Bilateralen I verknüpften Forschungsabkommens bedeutet. Die Folgen für den BFI-Standort Schweiz wären verheerend gewesen. Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE bezogen im Sommer öffentlich Stellung gegen die Begrenzungsinitiative. Anlässlich eines «Points de Presse» in Bern sprachen sich die Präsidien der Trägerorganisationen mit geeinter Stimme für die Ablehnung dieser Initiative aus. Das Netzwerk FUTURE informierte die Parlamentsmitglieder in mehreren Newsmeldungen über die ablehnende Haltung der BFI-Akteure. Das Stimmvolk lehnte die Begrenzungsinitiative schliesslich mit 61,7% Nein-Stimmen ab.

4.4

Pilotversuche mit Cannabis

Nachdem der Nationalrat in der Wintersession 2019 auf die Vorlage des Bundesrates zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eingetreten war, befasste sich das Parlament im Jahr 2020 mit dem Inhalt der Botschaft. Das Betäubungsmittelgesetz sollte mit einem Experimentierartikel ergänzt werden, um wissenschaftliche Studien über die kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken zu ermöglichen. Die Schweizer Hochschullandschaft unterstützte diese Gesetzesänderung. Entsprechend begleitete das Netzwerk FUTURE das Geschäft aufmerksam und erstattete auf der Webseite und in den monatlichen Newsmails laufend Bericht über den parlamentarischen Prozess.

In der Sommersession gab die grosse Kammer der Vorlage grünes Licht und unterstützte ausserdem den Antrag ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N), bei den Pilotversuchen ausschliesslich Schweizer Cannabis aus biologischer Produktion zu verwenden. Der Ständerat unterstützte die Gesetzesänderung ebenfalls, schlug bezüglich der Schweizer Bio-Cannabisprodukte jedoch eine «wenn möglich»-Formulierung vor, auf die sich die beiden Räte schliesslich einigten.

4.5

ETH-Gesetz

Ende des Jahres 2019 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zur Änderung des ETH-Gesetzes. Der Revisionsvorschlag sollte die Vorgaben der Corporate-Governance-Politik und die Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle umsetzen. Der Nationalrat nahm die Revision in der Sommersession einstimmig an, wollte ein Beschwerderecht beim Bundesverwaltungsgericht für die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen und die vier Forschungsanstalten aber nicht explizit ausschliessen. Der Ständerat stellte sich in diesem Punkt zuerst hinter die Version des Bundesrates, machte in einem zweiten Schritt aber den Kompromissvorschlag, ein Beschwerderecht der ETH-Institutionen für ausgewählte Bereiche vorzusehen. Ausserdem forderte die kleine Kammer, dass die Mitglieder der ETH-Beschwerdekommision nicht mehr wie bis anhin durch den ETH-Rat gewählt werden, sondern neu durch den Bundesrat. Mit diesen beiden Differenzen ging die Gesetzesänderung zurück in den Nationalrat, der sich im März 2021 erneut darüber beugte. In einer Einigungskonferenz bereinigten die beiden Kammern die zwei Differenzen schliesslich im Sinne des Ständerates. Das Netzwerk FUTURE berichtete über das Geschäftsjahr hinaus über den Ausgang der Verhandlungen zu diesem Geschäft, das so dann abgeschlossen werden konnte.

«Erstens entsteht ein irreführendes Bild von Wissenschaft, wenn nur Konsens nach aussen getragen wird. Zweitens begünstigt öffentliche Streitvermeidung die technokratische Illusion, es gäbe die eine wissenschaftliche Wahrheit, die von der Politik umzusetzen sei. Öffentlicher Streit unter Expertinnen muss in einer Demokratie möglich sein. Solange es um die Sache und nicht gegen die Person geht, erfüllt er eine politisch essenzielle Funktion.»

CASPAR HIRSCHI, HISTORIKER, HORIZONTE MAGAZIN, 03.09.

4.6

SWEET

Im Februar 2020 überwies der Bundesrat die Botschaft für das neue Energieforschungsprogramm «Swiss Energy Research for the Energy Transition» (SWEET) an das Parlament. Er schlug den eidgenössischen Räten vor, in den Jahren 2021 bis 2032 anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu zentralen Themen der Energiestrategie 2050 zu fördern. Damit sollte die Nachfolge der «Swiss Competence Centers in Energy Research» (SCCER) gesichert werden, die in den Jahren 2013–2020 im Rahmen der BFI-Botschaft gefördert wurden. Insgesamt beantragte der Bundesrat für SWEET 148,3 Millionen Franken. Das Netzwerk FUTURE berichtete über die Entscheide des Parlaments, die Laufzeit bis Ende 2028 zu verkürzen, damit es nach acht Jahren neu über die Finanzierung der Energieforschung befinden kann.

4.7

Tierversuche

Die Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen, welche im März 2019 eingereicht wurde, lehnten die BFI-Akteure von Beginn an ab. Mit der Forderung der Initiative, jegliche Tierversuche und Forschung am Menschen zu verbieten, würde eine Annahme Fortschritt, Innovation und Bildung in Life Sciences und Biotechnologie in der Schweiz gefährden. Insbesondere für die Vorbereitung der Hearings, welche im Frühsommer 2020 unter Beteiligung von FUTURE-Trägerorganisationen in der WBK-N stattfanden, waren die Koordinatorin und die Geschäftsstelle

stark involviert. In ihrer August-Sitzung beschloss die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N), ihrem Rat die Ablehnung des Volksbegehrens zu empfehlen. Sie verzichtete überdies darauf, einen direkten Gegenentwurf zu verabschieden, und verwarf auch eine Kommissionsinitiative zur Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags. Das Netzwerk FUTURE koordinierte die Stellungnahmen der betroffenen Trägerorganisationen und deren Austausch mit den Organisationen der Wirtschaft.

4.8

Wissenschaftliche Politikberatung

Das politische Jahr 2020 war stark von der Covid-19-Pandemie und der Diskussion um die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik geprägt. Das Netzwerk FUTURE folgte der Debatte mit grossem Interesse und stellte Überlegungen für die mögliche Rolle der Trägerorganisationen in dieser Thematik an. Die Koordinatorin und die Geschäftsstelle pflegten den Austausch auf interner Ebene sowie extern mit diversen Interessengruppen. Sie tauschten sich regelmässig mit Mitgliedern des Parlaments zu diesem Thema aus und begleiteten eingereichte Vorstösse, wie etwa das vom Ständerat im September 2020 überwiesene Postulat von Ständerat Matthias Michel (FDP, ZG) «Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen».

Die Geschäftsstelle nahm eine Analyse des Ist-Zustands vor und erstellte eine Auslegeordnung: Welche Formen der wissenschaftlichen Politikberatung existieren zurzeit in der Schweiz, welche Akteure prägen das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und wie gestaltet sich dieses in anderen Ländern. Diese Analyse diente anschliessend als Grundlage für weitere strategische Überlegungen und die Planung des künftigen Vorgehens in dieser Thematik. Das Netzwerk FUTURE ist sich der Tragweite dieses Themas bewusst und wird sich über das Berichtsjahr hinaus intensiv damit auseinandersetzen.

«Die Schweizer Forschungsgemeinschaft konnte dank jahrzehntelanger Investitionen zugunsten von Innovation sehr rasch auf die Folgen der Covid-19-Krise reagieren, denn ich erinnere Sie daran: unser Land hat keinen anderen Rohstoff als die grauen Zellen. Heute zeigt sich, dass es gut investiertes Geld war.»

ISABELLE CHEVALLEY (GLP, VD), NR-DEBATTE ZUR BFI-BOTSCHAFT, 08.09.2020

«Ich bin froh, dass ich nicht über die Massnahmen entscheiden muss. Das ist Aufgabe der Politik: Abzuwägen zwischen der Wissenschaft, der Wirtschaft und dem, was die Bevölkerung mitmacht.»

EMMA HODCROFT, EPIDEMIOLOGIN, BLICK, 23.02.2021

Quantitative Bilanz: Die Aktivitäten des Netzwerks FUTURE in Zahlen

Publishing

Zusätzlich zu den in der qualitativen Bilanz präsentierten Dokumenten hat das Netzwerk FUTURE im Jahr 2020 folgende Publikationen verfasst und herausgegeben:

- 4 Print-Newsletter, von je drei Seiten, mit je einem Editorial, verschiedenen Artikeln zu aktuellen Themen aus dem BFI-Bereich sowie Kurznachrichten.
- 10 elektronische Newsmails, mit Infografiken, Meinungsbeiträgen, den Nachrichten des Monats, Hinweisen auf neue Publikationen sowie einer Vorschau auf wichtige Termine.
- 4 Sessionsprogramme in elektronischer Form, mit den Terminen der für den BFI-Bereich relevanten parlamentarischen Geschäfte, die in den eidgenössischen Räten beraten wurden.
- 4 Sessionsberichte in elektronischer Form, mit Zusammenfassungen der Entwicklungen in

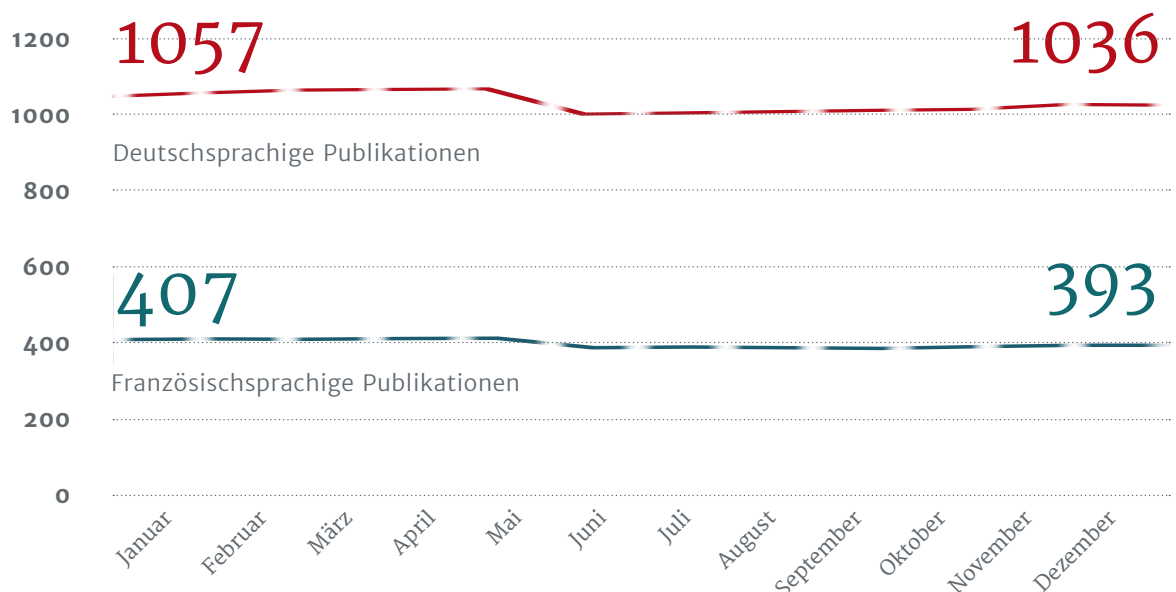
den Geschäften, die für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation relevant sind. Enthalten sind zudem Übersichten über neu eingereichte und vom Bundesrat beantwortete Vorstösse.

Alle Publikationen sind in deutscher und französischer Sprache verfügbar.

Per 31. Dezember 2020 hatten 1'429 Personen die elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE abonniert – 1'036 in deutscher und 393 in französischer Sprache. Die Zahl der Abonnentinnen und Abonnenten ist im Laufe des Berichtsjahres leicht gesunken, was hauptsächlich auf die Bereinigung der Adressdatenbank zurückzuführen ist.

Die einmalige Öffnungsrate der elektronischen Publikationen des Netzwerks FUTURE lag im Jahr 2020 durchschnittlich bei 35,8%.

Entwicklung der Anzahl Abonnierte der Publikationen des Netzwerks FUTURE im 2020



Monitoring und Webpublishing

Das Netzwerk FUTURE überwacht die tägliche Berichterstattung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation. Im Jahr 2020 wurde insgesamt in 123 News-Beiträgen über Aktualitäten informiert. Sämtliche News wurden von der Geschäftsstelle in Deutsch und Französisch verfasst und online publiziert. Die Anzahl der News-Beiträge ist somit im Vergleich zum Vorjahr 2019 (110 News-Beiträge) leicht angestiegen.

Diese Aktualitäten werden laufend auf der Webseite des Netzwerks (www.netzwerk-future.ch) veröffentlicht. Im Berichtsjahr wurde die Webseite von insgesamt rund 2'786 verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern aufgerufen. Diese Zahl ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 11,5% gestiegen: Im Jahr 2019 wurden rund 2'500 verschiedene Besucherinnen und Besucher registriert.

Die aktuellen politischen Geschäfte wurden zudem in einer Monitoring-Liste im Excel-Format zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2020 konzentrierte das Netzwerk FUTURE sein Monitoring auf die folgenden Themenkreise:

- EU-Programme im BFI-Bereich
- Schweizer Europapolitik
- BFI-Botschaft 2021-2024 und verschiedene Vorstösse im Kontext
- Änderung des ETH-Gesetzes
- Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen
- Pilotversuche mit Cannabis
- diverse Vorstösse aus den eidgenössischen Räten, die Anliegen im BFI-Bereich thematisierten

Sitzungen

Der Ausschuss des Netzwerks FUTURE tagte im Berichtsjahr im Rahmen von 7 Sitzungen, wobei 5 Sitzungen per Videokonferenz stattfanden:

- am 4. Februar
- am 30. April
- am 14. Mai
- am 23. Juni
- am 27. August
- am 28. Oktober
- am 25. November

Im Jahr 2020 tauschten sich die Koordinatorin und die Geschäftsstelle des Netzwerks FUTURE mit einer Reihe weiterer Akteure und Organisationen über aktuelle Themen im BFI-Bereich aus. Neben Partnerorganisationen aus Hochschulen, Forschung und Innovation zählen dazu Vertreterinnen und Vertreter des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie von weiteren Bundesdepartementen, Vertretende von Kantonen, Wirtschaftsverbänden und verbündeten Interessengruppen sowie auch Parteisekretärinnen und Parteisekretäre. Darüber hinaus pflegte die Koordinatorin einen permanenten Austausch mit der Agentur für Austausch und Mobilität Movetia sowie SwissCore und der Schweizer Mission in Brüssel.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2021

Münstergasse 64/66
3011 Bern
T 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch